Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Haß, 820 North 3rd Street.
J. Boll, 112? Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lanfermann, 74 Clybourne ave.
San Franzisco: F. Enz, 463 O'Farrell Str.
London W.: C. Henze, 8 New Ar. Golden Square.

Nr. 141. Sonntag, 2. Dezember. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat Dezember zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Der Rechtsbegriff im Volke,

dem sich selbst solche Organe, wie die „Kölnische Zeitung“ eins ist, also die den echten Bourgeoisausdruck repräsentiren, nicht immer entziehen können, deutet vielfach auf den Communismus hin.

So lasen wir kürzlich in dem genannten großen rheinischen Blatte:

„Vor dem Zuchtpolizeigerichte in Köln stand ein 72jähriger Tagelöhner aus Kalk, der schon 28 Strafen wegen Holz- und Jagdfrevels erlitten hatte. Neuerdings war der Alte dabei erwischt worden, wie er ein Häslein aus einer Schlinge gezogen und unter seinem Kittel verborgen hatte. Die diesmalige Ausübung des verbotenen Waidwerkes brachte dem Beschuldigten 3 Monate Gefängniß ein.“ —

Wie gemüthlich das klingt! Ein 28 Mal bestrafter „Dieb“ wird in solcher Notiz gar nicht Dieb genannt. Der „Alte“, das „Häslein“, das „verbotene Waidwerk“, wie nett und zart die Ausdrücke sind; es thut offenbar dem Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung leid, daß der „Alte“ für Ausübung seiner Passion 3 Monate Gefängniß erhält, während derselbe Berichterstatter sonst bei ähnlichen Anlässen gern mit den Schmeichelnamen: „Vagabunden“, „Spitzbuben“, „Subjekte“ um sich zu werfen beliebt.

Woher kommt denn diese auffallende Zartheit des Ausdrucks in der obigen Notiz?

Sie stammt aus den Rechtsbegriffen des Volkes, die gerade im Rheinlande noch ziemlich stark und deutlich geäußert werden.

Holz- und Streudiebstahl, verbotene Waldhude, Jagdfrevel, Fischereifrevel, das sind sämmtlich beim Volke völlig erlaubte Sachen. Der Wald und das Wild gehört der Gemeinsamkeit, der Fluß und der See gleichfalls, und selbst das Gras und Alles, was wild wächst, es hat die Natur Allen gegeben und deshalb darf es auch von Allen benutzt werden.

Das ist Volksanschauung, die kein Gesetz und keine noch so strenge Anwendung des Gesetzes verändern kann.

Grund und Boden haben früher und gerade in Deutschland mehr oder weniger der Gemeinsamkeit gehört, die Tradition macht sich nun geltend neben den natürlichen Begriffen und so hat sich die kommunistische Volksanschauung in dieser Hinsicht erhalten.

Während das Volk also die „Eigenthumsverbrecher“ an den „wilden“ Erzeugnissen des Grund und Bodens vollständig durch seine Rechtsanschauung in Schutz nimmt, während es die Obst-, Frucht-, Feld- und Gartendiebstähle sehr milde beurtheilt, wendet es sich gegen jeden Eingriff in das Privateigenthum an sonstigen Tausch- und Gebrauchswerthen. Hier deckt sich das Rechtsbewußtsein des Volkes mit den modernen Eigenthumsbegriffen.

Das Volk merkt wohl, daß nicht die Besitzer des Grund und Bodens die Werthe, welche derselbe hervorbringt, erzeugen, es denkt auch nicht einmal an seine Arbeitskraft, aber es sieht das Wirken der Mutter Natur und fühlt, daß dieselbe nicht allein für die Besitzenden wirken will.

Deshalb das Bewußtsein, daß es ein großes Unrecht ist, daß eine verhältnißmäßig kleine Anzahl von Menschen die Naturerzeugnisse für sich in Anspruch nimmt.

Aber das Volk merkt noch nicht, daß auch fast alle anderen Wertherzeugnisse Denen zu Gute kommen, die sie nicht hervorgebracht haben, deshalb sehen wir hier das Rechtsbewußtsein des Volkes noch in Banden geschlagen, deshalb beschützt dies Rechtsbewußtsein viel mehr, als das Gesetz, das Privateigenthum.

Der Rechtsbegriff des Volkes wird aber bei zunehmender Erkenntniß einen ganz anderen Standpunkt einnehmen, derselbe wird sich gegen die „großen Diebe“, gegen die Gründer und Ausbeuter wenden und schließlich nur das der Gesammtarbeit entsprossene, der Gesammtheit gehörende Eigenthum für unverletzlich erklären.

Traditionell communistisch, durch Naturanschauung communistisch wird auch durch soziale Erkenntniß und zwar dann zum wahren Heile des Volkes der Rechtsbegriff desselben völlig communistisch werden.

Kriegselend und Invalidenpension.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift:

Sie brachten in Ihrer Nummer vom 14. November an der Spitze des Blattes einen Artikel mit der Ueberschrift „Kriegselend und Invalidenpension“, der ein gar getreues Bild giebt von jenen Bedauernswerthen in unserm herrlichen deutschen Reiche, die da im „glorreichen Kriege 1870/71“ „für Gott, für König und Vaterland“ sich durch die Strapazen des Feldzuges eine chronische Krankheit zugezogen und nun arbeitsunfähig vergebens hoffen auf das „dankbare Vaterland“, das sie durch seinen reichlich dotirten Invalidenfonds vor Nahrungssorgen schützen könnte.

Die Zahl der Feldzugstheilnehmer, bei denen erst nach Ablauf der Anmeldungsfrist für dienstlich im Kriege Beschädigte sich ihre ganze oder theilweise Arbeitsunfähigkeit feststellte, wie derjenigen, bei denen wohl schon früher ein chronisches Leiden zum Ausbruch kam, aber zu spät von den wohlthätigen Bestimmungen des Invalidenfonds Kenntniß bekamen, mag in Deutschland wohl weit in die Hunderte gehen.

Mancher der Invaliden, bei denen sich bereits vor Ablauf des gesetzlichen Termins — der mit dem 20. Mai 1875 zu Ende ging — die Anfänge jener unheilvollen Krankheit zeigten, und ärztlichen Rath in Anspruch nahmen, blieben über die Tragweite ihrer Krankheit gar oft im Unklaren, da manche Aerzte die Kranken in falsch angebrachter Humanität mit der Hoffnung auf Wiederherstellung hinhalten, bis schließlich vollständige Arbeitsunfähigkeit eingetreten, aber auch der Termin zur Erhebung von Ansprüchen an den Invalidenfonds verstrichen war.

Wenn auch die Regierung, wie mir von maßgebender Seite bei meinen Gesuchen um Invalidenpension entgegengehalten wurde, alles nur Mögliche gethan hat, um etwaige Invaliden noch zur Erhebung von Ansprüchen vor Ablauf des Termins aufmerksam zu machen, so hat doch mancher davon nicht rechtzeitig Kenntniß bekommen, wie z. B. ich, und doch bin ich schon durch meinen Beruf dem Zeitungslesen nicht ganz ferne. Dann wäre es am Platze gewesen, die Mannschaften bei den jährlichen Controlversammlungen darauf hinzuweisen. Bei meinem Landwehrbezirk geschah dieses wenigstens nicht.

Rechnet man oben genannte Invaliden zu denen, bei welchen später erst das Leiden zum vollen Ausbruche gekommen, so wird sich eine große Zahl Unterstützungsbedürftiger finden, für die aber von dem moralisch dazu verpflichteten Staate nichts geschieht.

Wendet nun ein solcher Invalide sich mit einem Bittgesuche um Invalidenpension an den Kaiser und begründet er durch ärztliche Zeugnisse seine Beschädigung auch noch so evident, selbst durch Attest des betreffenden Militärarztes, so geht ein solches Bittgesuch einfach zur Bescheidung aus dem Kabinet des Kaisers dem zuständigen Landwehr-Bezirks-Commando zu, welches, sich stützend auf das Gesetz vom 4. April 1874, das Gesuch abweist, doch läßt es in großmüthiger Weise den Rekurs an das Armee-Commando zu, und dieses, indem es die vorgegangene Entscheidung aus gleichem Grunde bestätigt, läßt den Rekurs ans Kriegsministerium offen, um auch hier, indem man sich hinter das angezogene Gesetz verschanzt, abgewiesen zu werden, weil zu Gunsten eines Einzelnen keine Ausnahme gemacht werden darf.

Hier, wo es sich um das Geben handelt, wird streng an dem Gesetze gehalten. — Man schützt die Verjährungsfrist vor. Aber wenn ich Jemandem etwas schuldig bin und die Verjährungsfrist tritt ein, so brauche ich zwar nicht mehr zu zahlen, aber schuldig bleibe ich trotzdem doch!*) So auch das Vaterland, für das wir unsere Gesundheit geopfert haben. Die gesetzliche Bestimmung ist erloschen, aber darf sich das Vaterland jenen Unterstützungsbedürftigen gegenüber seiner moralischen Verpflichtung entziehen? Dann bleibt dem armen Invaliden weiter nichts mehr übrig, als zu betteln, wenn er es kann, dadurch zum Vagabunden herabzusinken oder — zu sterben. Das ist sein Loos.

Dagegen hat man Tausende von Mark zur Verherrlichung des Schlachtentages, genannt Sedanstag, und aber Tausende zum festlichen Empfange gekrönter Häupter übrig, und „heidenmäßig viel Geld“ für Ruhmeshallen und Kriegerdenkmäler, aber für den armen Invaliden hat man nichts übrig, er kann nicht einmal, wäre er dazu noch körperlich fähig, Nachtwächter werden, weil er meistens ohne Civilversorgungsschein ist.

Der Schlußtermin zur Anmeldung von Ansprüchen war erwiesenermaßen zu kurz und unsere Abgeordneten zum Reichstage werden sich den Dank Vieler erwerben, wenn sie einen Antrag auf Erweiterung jener Frist, resp. einem nochmaligen Termin zur Einbringung von Ansprüchen auf Invalidität bez. des letzten Krieges stellen. An Belegen zur Begründung ihres Antrages wird es sicherlich nicht fehlen, dafür werden gewiß diejenigen sorgen, die so schwer geschädigt sind, die im Dienste für das Vaterland unverschuldeter Weise ihre Gesundheit geopfert, und nun, nachdem sie den Rest ihres Vermögens dem Doktor und der Apotheke gebracht, verlassen vom Vaterlande, also „vaterlandslos“ sind, und hungern, darben und verkommen.

Ein Invalide.

*) Jeder Schuldner, der sich auf die Verjährung seiner Schuld stützt, verliert gemeiniglich in der Achtung seiner Mitbürger.
Red. d. „V.“

Sozialpolitische Uebersicht.

— „Marionetten des Papstes“ — so schallt es herüber; „Marionetten Bismarck's“, so klingt es wider. Das geht im preußischen Abgeordnetenhause bei Berathung des Cultusetat seit länger als einer Woche in der Art zu. Der Culturkampf treibt seine lieblichsten Blüthen. Donna Blanka würde, wenn sie Richterin über die edlen Maulkämpfer wäre, die sich täglich mit vollen Nachttöpfen begießen, den alten groben Spruch wieder anwenden, den sie schon einstmals bei dem großen Kampfe zwischen dem Rabbi und dem Mönche gebrauchte, sie würde sagen: „Und es will mich schier bedünken, daß der Rabbi, daß der Mönch, daß sie alle beide — —.“ In einem Falle aber haben die pfäffischen Klerikalen die „liberalen“ Culturstreiter besiegt, als sie in der Sitzung vom 27. November nachwiesen, daß selbst in lateinisch-deutschen Uebersetzungsbüchern, die in den unteren Klassen der Gymnasien eingeführt sind, allerlei culturkämpferische Angriffe enthalten seien. Der Regierungscommissar erklärte, daß jene anstößigen Stellen ausgemerzt werden sollten, worauf Windthorst ganz trocken meinte, ob es denn erst zu solchem Ausmerzen eines äußern Anstoßes bedurft hätte.

— Die dem preußischen Landtage vorgelegten Nachweisungen über die Klassensteuer und die klassifizirte Einkommensteuer haben ein Einkommen der gesammten preußischen Bevölkerung für das Jahr 1877 ergeben von 7809 Millionen Mark, macht per Haushalt und Einzelstand 902 Mark, auf den Kopf 308 Mark jährlich. Man sieht, wie gering das Einkommen in Preußen ist. Nehmen wir nun die 8000 Haushaltungen mit den großen Einkommen von 20,000 bis eine Million Mark, dann die mittleren Einkommen von 3000 bis 20,000 Mark von der Gesammtsumme ab und dividiren die Bevölkerung, welche weniger als 3000 Mark auf den Haushalt erhält, in die Gesammtsumme, so erhalten wir schon ein durchschnittliches Einkommen von nur noch circa 6—700 Mark. Ziehen wir dann noch die Einkommen von 2000—3000 Mark ab, also das Einkommen, mit welchem eine Familie noch anständig sich durchschlagen kann, und dividiren wieder, dann erhalten wir die Durchschnittsziffer von circa 500 Mark auf den Haushalt innerhalb ungefähr 85 Proz. der Bevölkerung. Mache sich jeder Leser selbst seinen Vers aus dieser Zusammenstellung, wie jämmerlich schlecht in Preußen das Volk, das arbeitende Volk gestellt ist. Daß es demselben im übrigen Deutschland nicht besser geht, steht auch wohl fest.

— „Intensiver Haß gegen die Sozialdemokraten ist nicht nur erlaubt, sondern sogar erforderlich“ — so hat der Herr Julius Schulze in Hamburg in seinem vierten Vortrage über die Sozialdemokratie gesagt. Er begründete diesen Ausspruch durch die Beantwortung einer von ihm selbst aufgeworfenen Frage: Was ist die Sozialdemokratie? die er denn auch folgendermaßen beantwortete:

„Die Sozialdemokratie ist die organisirte Revolution, sie hat den Zweck und zwar nur den Zweck, die organisirte Revolution vorzubereiten, sie hat u. A. den Zweck, eine große Menge bitteren Hasses und tiefer Verachtung gegen alle Menschen, gegen die Spitzen unseres Staatswesens zu erzeugen und zu verbreiten, sie hat den Zweck, ihre Leute zu organisiren, um im entscheidenden Augenblicke zu wissen, über wie Viele sie verfügen kann.“

Wir citiren hier die in Anführungszeichen sich befindlichen Worte aus dem „Hamburgischen Correspondent“, der ja im Allgemeinen auf dem Standpunkte des Herrn Julius Schulze sich befindet, wenngleich er niemals so ungereimtes, unlogisches und albernes Zeug schwatzt, wie dieser. Daß die Sozialdemokratie Haß und Verachtung gegen alle Menschen und dann noch gegen die Spitzen unseres Staatswesens erzeugen wolle, ist sehr rührend. Wir fragen nun zunächst Herrn Schulze, ob die Spitzen unseres Staatswesens, da sie nicht zu den Menschen gehören, Götter oder Teufel sind? Gegen alle Menschen erzeugt die Sozialdemokratie Haß, also auch gegen die Sozialdemokraten selbst — oder sind auch die Sozialdemokraten keine Menschen? Fragen wir gar nicht, ob sie Götter sind, sagen wir es gerade heraus: „Sie sind Teufel!“ Gegen Teufel aber ist „intensiver Haß“ erforderlich. — Wir aber versichern Herrn Julius Schulze, daß wir ihn nicht hassen, sondern daß wir ihn tief bedauern.

— Die Moralität der heutigen Gesellschaft. Ein im Ausland lebender deutscher Kaufmann schreibt uns: In Folge einer der zahllosen Anzeigen, überschrieben: „Alles was aus Gummi gemacht werden kann“, und welche sich hauptsächlich in den sogenannten „nationalliberalen“, „respektablen“ Zeitungen, als da sind „Kölnische Zeitung“, „Kladderadatsch“, „Oesterreichische Gartenlaube“, „Mosse's Montagsblatt“ und hundert andere, täglich vorfinden, hatte ich mich an einen derartigen „Gummiwaarenfabrikanten“ gewandt — Hrn. H. Mielk in Hamburg — mit der Bitte, mir einen Preis-Tarif seiner „Spezial-Artikel“ einzusenden. Bis jetzt hatte ich immer geglaubt, daß die obenerwähnten Zeitungs-Anzeigen mehr auf Täuschung eines nach „Pikantem“ lüsternen Publikums berechnet sind und daß „Alles was aus Gummi gemacht werden kann“ in mehr oder weniger schlechten Späßen bestünde. Wie groß mein Irrthum gewesen ist, ersah ich, als mir die hier einliegenden Preis-Courante und Schriftstücke zugingen, in denen sich eine schamlose Gemeinheit in der cynischsten Weise breit macht. Ich lebe seit fünfzehn Jahren im Ausland, und habe davon 7 Jahre in Paris, mehrere in England, in Holland, der Schweiz und Belgien zugebracht, jedoch zur Schande der „deutschen Industriellen“ behaupte ich, daß weder in London noch in Paris, welches von vaterländischen Chauvinisten so gern mit dem Namen eines „modernen Sodoms“ bezeichnet wird, eine so grenzenlose moralische Versunkenheit sich öffentlich, ohne die geringste Scham, in Zeitungen und anderen Druckschriften, an das Tageslicht stellt, als dies zu Hause in meinem Vaterland der Fall ist. Die Annoncen des „Figaro“ (des Pariser Schmutz- und Schandblattes par excellence) können als Proben einer „reinen Moral“ gelten, gegenüber denen der „Kölnischen Zeitung“, wie z. B. der folgenden:

„Eine hübsche Dame, heiteren Temperaments, welche ge-

neigt wäre, Zwecks Anbahnung engerer Beziehungen mit einem Herrn in gesetzten Jahren zu correspondiren, würde gebeten, ihre Briefe zu richten unter Lit. K. B. 99 postlagernd nach Mainz."

„Für ältere Herren. Eine hübsche, gebildete junge Dame, häuslich erzogen, wünscht behufs baldiger Verehelichung die Bekanntschaft eines gebildeten, gut situirten, wenn auch ganz alten Herrn zu machen, welcher sich mit Liebe ihrer und ihrer Kinder annehmen würde. Selbige würde ihm dagegen durch treue Liebe und Hingebung ein glückliches Alter bereiten. Ernstgemeinte Offerten unter H 41477 postlagernd Köln erbeten."

„Sollten die Herren Tessendorff und seine Collegen, statt Sozialisten zu verdonnern und einsperren lassen, nicht eine für das Wohl des Vaterlandes heilsame Thätigkeit ausüben, wenn sie sich für die Unterdrückung von dergleichen Schand-Annoncen und für die Unschädlichmachung jener „Gummiwaaren-Fabrikanten" ernstlich bemühten? Wahrlich, ein Mensch, ein Kaufmann, eine Industrie, müssen weit heruntergekommen sein, wenn sie, um den Leuten das Geld aus den Taschen zu holen, zu so schamlosen Mitteln greifen müssen, als den Vertrieb von „männlichen und weiblichen Geschlechtstheilen von Gummi".

Es ist dies einer der tausendfach variirenden Auswüchse des Kapitalismus. Denn daß diese Artikel keine „Bedarfsartikel" für den „arbeitenden Mann" sind, sondern wohl mehr von „Kapitalisten" und von den „besitzenden Klassen" consumirt werden, geht schon aus dem hohen Preise von 28 Mark per „Stück" hervor. Ein Arbeiter kann sich dergleichen „noble Passionen", dergleichen „Jux- und Scherzartikel (nur für Herren) sehr amüsant, interessant, pikant, überraschend, dem Naturell täuschend ähnlich" nicht bezahlen. Ich sollte meinen, in diesem Schlamm gemeinen Schachers hätten die Herren Staatsanwälte doch auch ein wenig ihre für Sozialistenriecherei so feinen Nasen zu stecken.

Vielleicht regen Sie die Sache im „Vorwärts" resp. im Reichstag an? —

Ersteres ist hiermit geschehen, letzteres werden wir versuchen. Jedem Hrn. Staatsanwalt, der die Sache ernsthaft in die Hand nehmen will, stellen wir das in unseren Händen befindliche Material zur Verfügung.

— Zum Arbeiterelend. Die Gesammtzahl der Fabrikarbeiter in Berlin hat sich während des vergangenen Jahres um 9458 vermindert. Während 1875 in 2155 Fabriken Berlins 66,892 Arbeiter beschäftigt waren, wurden im vorigen Jahr 2119 Fabriken mit 57,434 Arbeitern betrieben. Man kann hieraus nur den Schluß ziehen, daß jene neuntausend Arbeiter eben brodlos sind und im größten Elende leben.

— Das stehende Heer ist nach Moltke bekanntlich eine Pflanzstätte für Bildung und Gesittung. Den Beweis für diese seinerzeit aufgestellte Behauptung ist der „große Schweiger" bis heute aber nicht nur schuldig geblieben, er muß zum Ueberfluß auch noch die Erfahrung machen, daß die Thatsachen das grade Gegentheil von dem feststellen, was er behauptete. So berichtet z. B. die „Frankfurter Zeitung" unterm 24. November aus Darmstadt, daß in der dortigen Artilleriekaserne des Morgens ein Soldat in seinem Bette todt vorgefunden wurde. Die über den unerwarteten Todesfall eingeleitete Untersuchung ergab, daß drei Unteroffiziere den Artilleristen, der betrunken von der Kirchweihe heimgekehrt war, so mißhandelt hatten, daß in Folge der Verletzungen der Tod eintrat. Dieser Tage wurden die Unteroffiziere zur Degradation und zu Festungsstrafen verurtheilt.

In einem andern Falle, der sich in Breslau zutrug, fühlte sich ein Offizier berufen, Proben seiner Bildung und Gesittung an den Tag zu legen. Derselbe ließ nämlich eine Anzahl Personen verhaften und unter den entehrendsten Nebenumständen auf die Wache transportiren, weil sie sich erdreistet hatten, während der Exerzitien den Exerzierplatz zu betreten — ein „Verbrechen", auf welches nach den Instruktionen ganz ausdrücklich nur eine Zurechtweisung als „Strafe" zulässig ist. — Wir könnten das Register über die Bildungsproben der Moltke'schen Zöglinge mit Leichtigkeit vervollständigen, wir unterlassen dies aber, weil ohnedies feststeht, daß das Kriegshandwerk, wie es durch die stehenden Heere geübt wird, wohl verroht und verwildert, aber nie Bildung und Gesittung verbreitet.

— Sozialdemokratische Partei in der Schweiz. Sonntag den 25. November fand in Bern eine zweite Conferenz statt, an welcher theilnahmen: Gräub, Bonbergen, Hägler, Manz (vom Centralcomité des Grütlivereins), Fischer, Kocher, Pfau, Schröder (vom Bundescomité des Arbeiterbundes), Greulich (Red. d. „Tagw."), Wolf, Zweifel, Mäder (vom Grütliverein Bern), Moor, Hofer und Wegmüller (von der Arbeiter-Union Bern). In dieser Conferenz wurde nach reiflicher Berathung und Auseinandersetzung in Bezug auf die vorläufige gemeinsame Parteithätigkeit einstimmig Folgendes vereinbart:

1. Das Centralcomité des Grütlivereins steht mit dem Bundescomité des Arbeiterbundes in Correspondenz; bei wichtigeren Fragen bilden beide Comités durch Delegirte eine gemeinsame Commission, die im Namen der Sozialdemokratischen Partei handelt.

2. Mit der Vorberathung von Spezialfragen, die an die Hand genommen werden sollen, werden die beidseitigen Sektionen einzelner Orte oder Kantone beauftragt.

3. Die Sektionen des Grütlivereins und Arbeiterbundes werden aufgefordert, gemeinsame Bezirks- und Kantonalverbände behufs gemeinsamer politisch-sozialer Wirksamkeit zu bilden.

4. Die weitere Regelung der Programmfrage und gemeinsamen Parteithätigkeit bleibt den Delegirtenversammlungen (Congressen) und Urabstimmungen beider Organisationen überlassen.

— Daß die Krisis in Frankreich auch auf die geschäftlichen Verhältnisse drückend einwirkt, ist allgemein bekannt. Einen trefflichen Ausdruck gab dieser Erkenntniß der Senator Germain, indem er sagte:

„Was sehen wir? Auf der einen Seite eine ungeheure Menge Kapitals unbeschäftigt, auf der anderen geschlossene Fabriken und Werkstätten ohne Arbeit. Woher kommt dieser seltsame Widerspruch? Warum diese Ueberfülle der Kapitalien, welche den Wohlstand der Industrie ausmachen sollten, und zu gleicher Zeit die geschlossenen Werkstätten, welche Trostlosigkeit unter den Arbeitern verbreiten? Sie kommt von der Unsicherheit des nächsten Tages, und die Unsicherheit des nächsten Tages ist das Ergebniß des Conflicts, welcher zwischen der Regierung und dem Willen des Landes ausgebrochen ist. Wenn wir uns in einer normalen Lage befänden, wenn die Kammer ein ihr Vertrauen verdienendes Kabinet vor sich hätte, so würde es leicht sein, auf der Stelle wieder das Leben und den Wohlstand in die Unternehmungen zu bringen, deren Arbeiten fast überall zum großen Schaden der Bevölkerungen eingestellt sind. Und dann würde nicht allein eine halbe Milliarde in Umlauf gesetzt werden, sondern eine große Anzahl von jetzt geschlossenen Werkstätten könnte wieder eröffnet und die Kapitalien benutzt werden, die jetzt in der Bank von Frankreich schlafen. Der neue Finanzminister und Präsident des Verwaltungsrathes der „Banque de Paris" weiß besser als ich, daß sich in den Kassen dieser Anstalt gegenwärtig zwei Milliarden, die nichts produziren, befinden, und diese zwei Milliarden sind weit davon entfernt, die ganze verfügbare Ersparniß Frankreichs zu bilden. Es hängt also von einer nationalen Regierung ab, den öffentlichen Arbeiten einen kräftigen Anstoß zu geben, unserm Lande den durch den Akt vom 16. Mai so grausam vernichteten Wohlstand zurückzugeben."

Wir wollen dem noch hinzufügen, daß der Krieg im Orient gleichfalls dazu beiträgt, daß nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland Handel und Wandel schwer darniederliegen, daß aber vor allen Dingen — und das sollten die Herren Senatoren und Gesetzgeber erst einsehen lernen — die kapitalistische Ausbeutung die Krisen und den Notstand erzeugt und daß ohne eine Radicalcur auf sozialem Gebiete selbst der ewige innere und äußere Frieden in den Culturländern keinen dauernden, allgemeinen Wohlstand erzeugen kann.

— Die englische Arbeiterbewegung lenkt mehr und mehr in das sozialistische Fahrwasser ein, und es ist nicht zuviel behauptet, wenn wir sagen, daß der völlige Anschluß an die Sozialdemokratie seitens des englischen Proletariats nur noch eine Frage der allernächsten Zeit ist. Das gilt nicht nur von den Fabrikarbeitern, auch die Landarbeiter haben, wie aus Nachfolgendem hervorgeht, ihre völlige Reife für den Sozialismus bekundet. So hat z. B. die „Nationale Landarbeiter-Vereinigung" in voriger Woche große Versammlungen abgehalten in Colchester, Kelvedon und Maldon, in denen folgende Resolution einhellig angenommen wurde:

„Die Petitionirenden, im Hinblick darauf, daß die Bevölkerung dieses Landes so zugenommen hat, daß der beschränkte Boden des vereinigten Königreichs nur bei steigender Cultivirung dieselbe ernähren kann, bitten, es möge ein Gesetz vorgelegt werden, wonach alles kultivirbare Land einer besonderen repräsentativen Körperschaft überwiesen wird, die gegenwärtigen Eigenthümer entschädigt, die Wälder und Parks eingeschränkt werden, die Jagd künftighin nur auf Vögel oder in Gehägen gehaltene Thiere beschränkt bleiben soll, die Jagdgesetze aufgehoben werden, das Gemeindeland erhalten, armes Weideland, das zum Pflügen geeignet ist, umackert wird, dem Bauer die Privilegien und Sicherheiten gewährt werden, welche zu einer hohen Cultivirung nöthig sind und durch alles Das sowohl lohnende Beschäftigung für die Arbeit im Ueberfluß als auch billige Nahrung für's Volk geschaffen werden.

„Die Petitionirenden bitten sodann, da sie glauben, daß das Recht, Vertreter in's Parlament zu wählen, ebenso gut den Landbewohnern zukommt, wie den Städten, und da sie sehen, daß die Ersteren weder das Einkommen noch die soziale Stellung wie die Letzteren besitzen, daß schleunigst eine Bill zum Gesetz erhoben werde, wonach das flache Land dieselben Rechte genießen soll, wie die Städte, damit die arbeitende Klasse in den Ackerbaudistrikten ihre Stimme laut werden lassen kann, um die Ursachen ihrer Armuth und Niedrigkeit zu entfernen."

Das ist jedenfalls deutlich gesprochen. Wenn die englischen Landarbeiter die im Parlament sitzenden Bourgeois und Junker „bitten", ihren Wünschen gerecht zu werden, so werden sie durch die Verhältnisse sehr bald belehrt werden, daß sie sich da an die falsche Adresse gewandt haben; dann aber ist auch die Zeit zu bitten vorüber, dann werden die englischen Landarbeiter fordern.

Der Prozeß Diest-Daber.

(Schluß.)

Staatsanwalt Feige: Es sei ihm genau bekannt, daß Herr v. Diest keinerlei Beziehungen zu dem Fürsten gehabt und niemals in seinem Hause gewesen sei. Der Staatsanwalt verlas zum Beweise dessen ein(!) an ihn ergangenes Schreiben — worin allerdings seine (des Staatsanwalts) Behauptungen bestätigt wurden. — Der Angeklagte reproduzirte mehrere Briefe und berief sich auf mehrere Zeugen, daß er wohl sehr enge Beziehungen zum Fürsten Bismarck gehabt und mehrfach viele Stunden lang unter vier Augen mit ihm konferirt habe. Er werde, wie es einem Ehrenmanne gezieme, öffentlich das beweisen, was der Fürst jetzt in Abrede stelle.

Vertheidiger Rechtsanwalt Munkel verlangte ebenfalls die persönliche Vorladung des Fürsten v. Bismarck. Die hohe Stellung des Fürsten entbinde ihn von der Zeugenpflicht keineswegs. Solle dem schon so lange geführten Streit ein definitives Ende gemacht werden, dann sei es das Beste, wenn Bismarck selbst als Zeuge erscheine. Das von dem Herrn Staatsanwalt hier verlesene Schreiben könne auf gerichtliche Glaubwürdigkeit keinen Anspruch machen. Zum mindesten müsse aber der Fürst darüber vernommen werden, wann ihm die inkriminirten Aeußerungen zu Ohren gekommen. Wenn man alle in vertrauten Kreisen geführten Aeußerungen unter den Staatsanwalt stellen wolle, dann empfehle es sich, dem Strafgesetzbuch als Anhang eine kleine Sammlung von „Gesprächen am häuslichen Heerde" beizufügen. (Heiterkeit.) Daß man sich mit der eidlichen Aussage des Herrn v. Bleichröder nicht begnügen könne, gehe aus einem Injurienprozesse des Herrn von Bethmann-Hollweg contra Diest und Genossen hervor, in welchem Herr v. Bleichröder eidlich bekundete, daß er nicht genau wisse, ob dem Fürsten für etwa verkaufte Aktien die Coursdifferenz ausgezahlt worden sei. Er habe sich im übrigen um die Geschäftsführung der Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft nicht sehr gekümmert, sondern dies dem Direktor der Diskontogesellschaft, Herrn v. Hansemann, überlassen. Außerdem beantrage er (Vertheidiger) die Herren v. Scheele, v. Hansemann, Miquel und Wagener zu laden und endlich die Bücher der Diskontogesellschaft vorzulegen und sie durch einen gerichtlichen Bücherrevisor untersuchen zu lassen. Er (Vertheidiger) beantrage prinzipaliter die Freisprechung, event. eine Geldstrafe von 10 Mark.

Der Angeklagte beantragte, noch den Bruder und Neffen des Fürsten als Zeugen zu laden. — Rechtsanwalt Munkel constatirte, daß das vom Herrn Staatsanwalt verlesene Schreiben ohne Unterschrift sei.

Staatsanwalt Feige bemerkte darauf, daß ihm das verlesene Schreiben von einer so hohen Seite (Bismarck!) zugegangen sei, daß er dessen Glaubwürdigkeit verbürge.

Gegen 5½ Uhr Nachmittags zog sich der Gerichtshof zur Berathung zurück.

Warum sind wir arm!

Der Dichter Karl Beck, der alt und so arm geworden ist, daß man zu milden Sammlungen jetzt für ihn auffordert, hat in seinen bessern Tagen unter der Ueberschrift: „Warum sind wir arm!" nachstehendes Gedicht geschrieben:

Ihr sitzet im Glanz und in Ehren geboren,
Und spielt mit Dukaten und Louisdoren;
Wir scheuern die Wappen an Euern Thoren.
In Hunger und in Harm.
In Hunger und in Harm.

Wir werben um Ketten und nennen's Erwerben.
Ha, trinkt und schlagt die Gläser in Scherben!
Ha, laßt uns sterben und laßt uns verderben —
Denn — warum sind wir arm?
Denn warum sind wir arm?

Ihr Seligen könnt Euch pflegen und mästen.
Wir spähen für Euch nach Kohlen und Aesten,
Wir frieren und hacken vor Euern Palästen,
Doch Euch ist wohl und warm.
Doch Euch ist wohl und warm.

Ihr habet Orden und Aemter und Pfründen.
Wir leben, um Euer Lob zu verkünden.
Wir schmeicheln Euern Launen und Sünden,
Denn — warum sind wir arm?
Denn — warum sind wir arm?

Wenn unsere Töchter um's Glück sich raufen,
Euch in die lüsternen Arme zu laufen,
Wenn die Mütter die eigne Brut verkaufen,
Daß Gott, daß Gott erbarm, —
Daß Gott, daß Gott erbarm: —

Dann fürchtet nimmer der Väter Rache,
Verloren und faul ist unsere Sache.
Schlagt auf die weithin schallende Lache!
Denn — warum sind wir arm?
Denn — warum sind wir arm?

Wir sind's; dafür ein Fluch den Alten,
Die uns gelehrt die Hände falten:
„Wer nur den lieben Gott läßt walten,
Der ist erlöst von Harm.
Der ist erlöst von Harm."

Wir borgen und sorgen, Ihr häufet die Gulden,
Wir füllen die Kirchen und beten und dulden.
Dies Dulden ist unser unendlich Verschulden,
Und — darum sind wir arm.
Und — darum sind wir arm.

Ja „dies Dulden ist unser unendlich Verschulden"! — Und warum ist Karl Beck arm und elend geworden? Weil die heutige Gesellschaft Kunst und Wissenschaft in die Banden des Mammons geschlagen hat, weil sie die Künstler, Dichter und Gelehrten nicht achtet und ehrt, sondern dem Egoismus, der Habgier und dem goldenen Kalbe fröhnt. Daß das Volk eine derartige Mißwirthschaft duldet, daß es sich nicht längst schon erhoben hat zu männlicher Kraft, um das veredelnde Prinzip der Arbeit und der Wissenschaft an Stelle der Herrschaft des Geldsacks zu setzen, das ist sein unendlich Verschulden, und ein Hohn ist es noch dazu, daß der arme alte Dichter gezwungen ist, von solcher Geldsacksgesellschaft Almosen anzunehmen.

Das Haftpflichtgesetz

betreffend, ist neuerdings eine beachtenswerthe Entscheidung gefällt worden. Der Techniker S. war bei der Bedienung der in der Ziegelei des Gutsbesitzers L. verwendeten Dampfmaschine durch Ausströmen heißen Wassers derart verbrannt worden, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Obwohl S. bei Uebernahme des Betriebes die Untersuchung der bereits mehrfach reparirten Dampfmaschine verlangt, und L. auch die zuletzt vorgenommene Reparatur als eine an sich gefahrdrohende erkannt hatte, so leistete er doch dem Verlangen des S. keine Folge. Nach dem Tode des S. klagte die Wittwe desselben für sich und ihre Kinder auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes und der bezüglichen Bestimmung des Allg. preußischen Landrechts gegen L. auf Entschädigung. Die Klägerin wurde vom Appellationsgericht zu Paderborn abgewiesen. Auf die von ihr eingelegte Revisionsbeschwerde vernichtete das Reichsoberhandelsgericht durch Erkenntniß vom 22. September c. das vorinstanzliche Urtheil und wies die Sache zur Beweisaufnahme, besonders ob der verunglückte S. bei Uebernahme des Betriebs die Untersuchung der Dampfmaschine verlangt habe, und anderweiten Entscheidung in die zweite Instanz zurück. „Das Gesetz vom 3. Mai 1872, den Betrieb der Dampfkessel betreffend", führt das Erkenntniß des Reichsoberhandelsgerichts aus, „bestimmt in § 1, daß die Besitzer von Dampfkesselanlagen oder die an ihrer Statt zur Leitung des Betriebes bestellten Vertreter, so wie die mit der Bewartung von Dampfkesseln beauftragten Arbeiter verpflichtet seien, dafür Sorge zu tragen, daß während des Betriebs die bei Genehmigung der Anlage oder allgemein vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen bestimmungsmäßig benutzt und Kessel, die sich nicht in gefahrlosem Zustande befinden, nicht im Betriebe erhalten." Es bedroht sodann im § 2 Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtungen mit Strafen. Aus dem hierzu erlassenen Regulativ vom 24. Juni 1872 (Ministerialblatt für innere Verwaltung S. 183), insbesondere aus §§ 2 und 9 geht hervor, daß sich jenes Gesetz nicht blos auf die Beobachtung der vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen beschränkt, sondern allgemein auf Unregelmäßigkeiten im Betriebe sich bezieht und allen Mängeln, welche eine Gefahr herbeiführen können, entgegenwirken will. Nun wird zwar neben dem Besitzer der Dampfkesselanlage auch der mit der Bewartung beauftragte Arbeiter zur Sorgfalt verpflichtet, und es kann im vorliegenden Falle ohne Weiteres angenommen werden, daß S. als Techniker die Obliegenheit hatte, den Verklagten auf den gefahrdrohenden Zustand der Maschine aufmerksam zu machen, daß denselben mithin ein eigenes Verschulden trifft, wenn er dies unterließ. Allein die Kläger haben behauptet und den Beweis gestellt, daß S. bei Uebernahme des Betriebs die Untersuchung der Dampfmaschine verlangt habe und überdies die durch den Kesselschmied G. von Hannover am 7. Juli 1875 vorgenommene Reparatur schon an sich eine gefahrdrohende gewesen sei. War dies der Fall, so muß Verklagter für den fraglichen Unfall aufkommen, wenn er ungeachtet jenes Verlangens abseiten des S. oder trotz seiner Kenntniß von dem gefahrdrohenden Zustande der Maschine den S. mit der Fortsetzung des Betriebes beauftragte. Dieses gerichtliche Urtheil muß uns freilich als selbstverständlich erscheinen. Aber bei den steten Versuchen der Fabrikanten, sich der Haftpflicht zu entziehen, ist es doch wesentlich, daß in bündiger Weise die höchste richterliche Instanz die Sache festgestellt hat.

Abends gegen 7½ Uhr wurde das Urtheil verkündet, das auf Bestätigung des erstinstanzlichen Erkenntnisses (3 Monate Gefängniß und Tragung der Kosten) lautete. —

Dies der Bericht. Die geheimnißvolle Briefaffaire wird hoffentlich aufgeklärt werden; es scheinen allerhand Enthüllungen bevorzustehen. Wer wohl der Verfasser des anonymen Briefs „von hoher Seite" sein mag? Sehr bekannt muß die „hohe Seite" dem Herrn Staatsanwalt gewesen sein, da sonst das Schreiben „ohne Unterschrift" von ihm nicht als „von so hoher Seite" kommend hätte erkannt werden können, daß er dessen „Glaubwürdigkeit verbürgen" konnte.

Die „Magdeburgische Zeitung" — man denke, das Bismarckischste der Bismarckischen Blätter — schreibt über den Prozeß:

„Herr v. Diest-Daber wollte vor dem Kammergericht neue Wahrheitsbeweise mit neuen Zeugen führen. Daß sich der Gerichtshof hierauf nicht eingelassen hat, ist jedem Unbefangenen ohne Weiteres begreiflich (Oho! Jedenfalls sehr schlimm, wenn wahr. R. d. „V."), und es kommt hoffentlich die Zeit, wo auch Herr v. Diest einsehen wird, daß mit der Ablehnung neuer Zeugenvorladungen der Gerichtshof einen Akt der Toleranz (!) gegen ihn ausübte, denn Herr v. Diest war auf dem besten Wege, sich noch mehr wie bisher zu verrennen, und die Aussagen der von ihm begehrten neuen Zeugen hätten vielleicht eine Strafverschärfung bewirkt. Derr v. Diest, eine unzweifelhaft sittlich beanlagte Natur, hat sich selbst viel zu wenig in Zucht genommen und seine sittliche und logische Ausbildung vernachlässigt. Der frühere Landrath von Elberfeld, der, was wir ihm nicht vergessen wollen, als wackerer Beamter der altpreußischen Schule in Noth und Bedrängniß kam, weil er in seinem rauhen Gerechtigkeitssinn es nicht ruhig mit ansehen wollte, daß die Söhne hochgestellter Männer sich in seinem Kreise durch unsaubere Mittel von der Militärpflicht befreit hatten, ist nachgerade ein Phantast geworden, und daran wird er noch ganz zu Grunde gehen, wenn er sein Unrecht nicht einsieht und nicht energisch anfängt, mehr Kritik an sich selbst wie an Anderen zu üben. Es überkommen den pommerschen Junker plötzlich Weltverbesserungsideen, und weil er findet, daß der Grundbesitz unter der Macht des Kapitals der Bankiers leidet, so ist die Börse und was damit zusammenhängt, die causa wali (Ursache des Bösen) in der Welt, und weil der erste deutsche Minister den Junkern nicht ihren Willen thut, so ist auch er von der Kapitalsmacht umstrickt und ein Werkzeug der Jobber. In Wirklichkeit verhält sich Alles anders, aber Herr v. Diest hält an der fixen Idee fest, er sei mit allen seinen Behauptungen im Recht. Was sind diese Behauptungen? Reine Phantasien. Der Richter erster Instanz zerstörte alle Diest'schen Truggebilde, und nun kommt Herr v. Diest auf den Gedanken, er habe blos in der Wahl der zu vernehmenden Zeugen geirrt, Gravirendes werde statt der Bleichröder und Rothschild der Abgeordnete Dr. Miquel gegen Bismarck aussagen können. Ja, weshalb Miquel? Ein logischer Zusammenhang existirt nicht, denn Herr v. Diest folgt in seinem Wahn, der Kanzler sei der hohen Finanz verfallen, wieder und immer wieder reinen Einbildungen. In dem Verhalten des Angeklagten liegt etwas geradezu Gemeingefährliches, und wenn ihm der Strafrichter Gefängniß zuspricht, so thut uns das leid, weil Diest von Hause aus, wie gesagt, eine gute Natur ist, welche, knorrig, wie sie ist, erst mit der Zeit bis zur Gespensterseherei verbittert wurde; aber weniger gerecht wird darum die Strafe, die ihn um seiner bösartigen Verleumdungen willen trifft, sicherlich keineswegs."

Aber von Rechtswegen hätte er in's Irrenhaus gehört — denkt das edle Magdeburger Blatt. Nun, das wäre freilich bequemer gewesen, als die Sache öffentlich vor Gericht zu verhandeln; vielleicht befolgt man ein andermal den nicht ausgesprochenen menschenfreundlichen Rath der „Magdeburgischen Zeitung". Daß für so „unzweifelhaft sittlich beanlagte Naturen" wie Diest-Daber, die das Pech haben, in gewisse Kreise zu kommen und dort „sittlich beanlagt" zu bleiben, auch den Leuten in gewissen Kreisen zuzumuthen, daß auch sie „sittlich beanlagt" seien — daß für solche Naturen das Irrenhaus der passendste Ort ist, das geben wir der „Magdeburgischen Zeitung" gern zu, der wir zugleich das Kompliment machen, daß sie mit ihrem stillschweigenden Rath und dessen Begründung dem herrschenden System einen wahrhaft klassischen Fußtritt versetzt hat, wie dem grimmigsten Reichsfeind kaum je einer gelungen.

Uebrigens geht auch aus den Aeußerungen der „Magdeburgischen Zeitung" hervor, welchen nichts weniger als günstigen Eindruck die Verweigerung des neuen Zeugenbeweises im unparteiischen Publikum hervorgebracht hat.

Was Herrn Miquel betrifft, so hat er an verschiedene Blätter eine Zuschrift gerichtet, in der Alles, wofür er als Zeuge vernommen werden sollte, für „erfunden und absolut unwahr" erklärt wird. Natürlich!

An die Parteigenossen!

Im Laufe dieser Woche sind die Abrechnungen des Central-Wahlcomités vom **1. Mai bis 30. September 1877** an die Agenten und Vertrauensmänner versandt worden.

Die Partei- und Gesinnungsgenossen werden darauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß die Abrechnungen bei den betreffenden Agenten und Vertrauensmännern zur Einsicht offen liegen.

Hamburg, den 26. November 1877.

Das Central-Wahlcomité.

Correspondenzen.

Budapest, 21. November. Die am Sonntag den 18. November d. J. stattgehabte Volksversammlung in der Nationalreitschule in der Bank- und Zollgebietaffaire war eine der besuchtesten, die es jemals hier gegeben; man zählte zwischen 7 bis 8000 Personen, die an derselben Theil genommen. Daß dazu die Budapester Sozialdemokratie ein sehr bedeutendes Contingent lieferte, wußte man im Voraus, dafür haben unsere Parteigenossen Leo Frankel und Julius Kaczander am meisten beigetragen. Diese Frage berührt alle Volksschichten am lebhaftesten, denn wenn der Gesetzesvorschlag der ministeriellen Majorität zum Gesetz erhoben werden würde, dann träfe dies den Säckel der Reichen ebenso wie den der Armen gleich empfindlich, indem hierdurch die nothwendigsten Lebensbedürfnisse um wenigstens 40—50 Proz. stiegen. Auch wäre Ungarn von einer direkten Verbindung und dem Absatze seiner Rohprodukte nach den Nachbarländern, namentlich nach Deutschland, abgeschnitten, was man auch dort fühlen müßte. Die Ungarn wären gezwungen, ihre Produkte an die Oesterreicher zu verkaufen, diese hinwieder schlügen ihre Prozente dazu und vertheuerten sie in Deutschland, andererseits aber hätte auch Deutschland keinen Absatz für seine Fabrikate nach Ungarn, und die Oesterreicher spielten dann die Rolle von Maklern, die vom Käufer und Verkäufer gleichen Profit in die Tasche steckten. Es liegt demnach eben so im Interesse Deutschlands wie Ungarns, daß dieses letztere ein von Oesterreich unabhängiges Zollgebiet habe, um einen direkten Verkehr beider Länder mit einander zu ermöglichen.

Die vorgeschlagenen Resolutionen wurden ohne Widerspruch und einstimmig angenommen. Dem Inhalt nach sprachen sie Folgendes aus: 1) daß der ministeriellen Majorität des Reichstages und der Regierung ein Mißtrauensvotum gebracht werde, weil sie das Prinzip einer unabhängigen ungarischen Nationalbank zum Falle gebracht und Ungarn für weitere 50 Jahre zu einem Contribuenten der österreichischen Bank gemacht. 2) Daß die Volksversammlung ein Veto gegen die Gesetzesvorlage bezüglich des Zolltarifs und eines gemeinschaftlichen Zollgebiets einlege. 3) Daß diese Resolutionen durch eine aus dem Ausschusse der Volksversammlung bestehende Deputation den Reichstagsabgeordneten sämmtlicher Budapester Wahlbezirke behändigt werden.

Die Zolltariffrage kam bis jetzt im Reichstage noch nicht aufs Tapet, sondern die Codifikation der Kriminalgesetze. Unter diesen ist bereits ein in der Geschichte der Neuzeit bisher unerhörter Vorschlag angenommen worden, nach welchem die Preßprozesse nicht mehr unter die Geschwornengerichte, sondern unter die anderen Tribunale gestellt werden, wo die Auslegung der Gesetze von der Willkür oder Einsicht solcher Richter abhängt, die nicht aus dem Volke sind, sondern von der Regierung ernannt werden. Dies ist ein Rückschritt, dessen Tragweite unabsehbar ist. Hierdurch wird dem Einschüchterungssystem, den Verfolgungen wegen politischer Ansichten ein weiter Spielraum gewährt.

Die Verfolgungen haben bereits begonnen. Namentlich wurden der Hauptredakteur des „Egyetertés" wegen eines Artikels über das Brechen des Briefgeheimnisses, Julius Verkoray und Ernst Mezey, Mitarbeiter desselben Blattes, des Organs der Unabhängigkeitspartei, wegen Majestätsbeleidigung vor Gericht geladen. Dieser Schlag ist hauptsächlich auf Verkoray und die „Egyetertés" gemünzt, auf den Ersteren, um seinen Eintritt in den Reichstag als Vertreter des Wahlbezirks von Szegléd unmöglich zu machen.

Endlich hat das ministerielle Blatt „Hon", redigirt von Maurus Jókai, einen der Mörder der unabhängigen Bank, eine Polemik mit der „Egyetertés" begonnen, um dieses Blatt vor den ignoranten Massen der Aristokratie und der Bourgeoisie zu depopularisiren, indem er in einem Artikel: „Eine interessante Allianz" die Unabhängigkeitspartei, weil sie das Wort für die arbeitenden Klassen ergriffen und in den Lindenauer Briefen interessante Mittheilungen über das Wirken der Sozialdemokratie in Deutschland brachte, damit beschuldigt, daß sie mit der letzteren gemeinschaftliche Sache machte, „Hon" betont namentlich, daß der Parteigenosse Hasenclever (diese Leute erinnern sich nur dieses Namens aus den Lindenauer Briefen) unter den ungarischen Arbeitern Propaganda machen will. „Hon" schließt damit: „Es ist im Voraus zu sehen, wie diese Acquisition den Nimbus der äußersten Linken vergrößern wird." Diese Leute riechen überall Petroleum und sehen Laternenpfähle. D. R.

Hamburg-Altona. In nächster Zeit wird die gesammte antisozialistische Preßmeute nichts Angelegentlicheres zu thun haben, als über das „Treiben" der hiesigen Sozialdemokraten, besonders über ihr „Treiben" bei den letzten Reichstagswahlen „Enthüllungen" zu machen. Diese „Enthüllungen" wird man als um so „glaubwürdiger" hinstellen, weil derjenige, welcher sie gemacht, ein „Sozialdemokrat" war. Die Sache ist, in möglichster Kürze zusammengefaßt, folgende:

Herr Radenhausen aus Altona, der früher eine Zeit lang Reporter beim „Hbg.-Alt. Volksblatt" gewesen, als solcher sich jedoch auf die Dauer nicht halten konnte, weil er es meisterhaft verstand, seine Berichte mit Zoten zu spicken, die dann natürlich von der Redaction wieder ausgemerzt werden mußten, suchte selbstverständlich von da ab nach einer Gelegenheit, sich für die verlorene Reporterschaft zu revanchiren. Diese Gelegenheit sollte sich ihm denn auch bald darbieten. Nach der letzten Reichstagswahl wurde er nebst mehreren Anderen als Generalrevisor für Altona gewählt. Als solcher fing er damals schon an, Stänkereien zu machen, die keinen andern Zweck hatten als den, in erster Linie gewisse Personen und mit ihnen überhaupt unsere ganze Sache zu verdächtigen. Seine Verleumdungen, resp. verleumderischen Behauptungen öffentlich aufrecht zu erhalten, dazu fehlte ihm jedoch der Muth. Als er in einer Versammlung zu Altona über die Wahlabrechnung Bericht erstatten sollte, erklärte er jedoch die Abrechnung für richtig, was Hunderte bezeugen können. Hinterher muß ihn dies jedoch gereut haben. Er suchte die Sache, die durch offene Rechnungsablage und durch Erklärung der Revisionscommission abgethan war, wieder aufzuwärmen und war un—schuldig genug, zu glauben, die Redaction des „Hamburg-Altonaer-Volksblatts" gäbe sich zu solchen unsaubern Manövern her. Seine „Berichtigungen" wurden zurückgewiesen. Um so verbissener wurde Radenhausen und da er sein Ziel nicht anders erreichen konnte, da er seine Verdächtigungen nicht anders an die Oeffentlichkeit bringen konnte, warf er dem Parteigenossen Winterfeldt in Altona vor, derselbe habe „wissentlich und absichtlich" das Wahlcomité resp. die Sozialisten Altona's betrogen, indem er sich zweimal 6 Thlr. für Salonmiethe habe zahlen lassen und dem Wirthe nur je 5 Thlr. für Miethe entrichtet habe. Natürlich klagte Winterfeldt auf diese Anschuldigung hin, und das war es gerade, was R. wollte; war ihm doch nun eine Gelegenheit geboten, bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung seine Denunciationen gegen die sozialdemokratische Partei anzubringen. Mittwoch, den 21. November, kam die Sache vor dem Amtsgerichte zu Altona zur Verhandlung. Daß, wie wir bereits erwähnt, Radenhausen durch die Beleidigung des Genossen Winterfeldt nur auf eine Klage von Seiten desselben speculirt hatte, um seine Verdächtigungen öffentlich anbringen zu können, beweist der Umstand schon zur Genüge, daß er, trotzdem das Gericht in Folge eines bei den Zeugenaussagen unterlaufenen Irrthums annahm, er habe Winterfeld nicht absichtlich und wissentlich beleidigt, dennoch zu einer Strafe von 15 Mk. und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt wurde. Von den denunciatorischen Angaben Radenhausen's, denen das Gericht, obwohl sie mit der eigentlichen Klagesache in gar keinem Zusammenhange standen, sonderbarer Weise höchst bereitwillig Gehör schenkte, wollen wir folgende besonders hervorheben: Radenhausen erklärte, die Zeugen Reimer und Forschner gehörten einem verbotenen politischen Arbeiterverein an, der mit der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, deren Vorstand (bis auf ein Mitglied, welches in Altona wohne) in Hamburg seinen Sitz habe, in Verbindung stehe. Redner überreichte hierbei dem Richter ein

Nachwehen des „Eckstein'schen Traumes".

Die in Frankfurt erscheinende „Deutsche Reichspost" läßt sich Folgendes schreiben:

„Stuttgart, 18. November. Die „Deutsche Dichterhalle", eine literarische Zeitschrift, die sich bisher rühmte, in guten Kreisen Eingang zu haben und die ihrem Charakter als ästhetisches Blatt gemäß vorzugsweise in der Damenwelt ihre Leser hat, wagt es in ihrer Nummer 20 ihren Lesern ein in Verse gebrachtes Machwerk aufzutischen, das, voll der frivolsten und ekelhaftesten Unsittlichkeiten, keinen andern Namen verdient, als den einer widerlichen und über alles Maß schamlosen Zote. Der Verfasser desselben ist der Redakteur der genannten Zeitschrift selbst; sein Gedicht führt den Titel: „A Dream by Ernst Eckstein." Zum Beleg unserer Behauptung können wir es nicht wagen, einem anständigen Blatte den Abdruck irgend einer der verfänglichen Stellen des Gedichtes, obwohl dasselbe in englischer Sprache verfaßt ist, zuzumuthen; wir verweisen auf das Original sowie auf den „Verschämte Unverschämtheit" überschriebenen Artikel des sozialistischen „Vorwärts" und begnügen uns, dem Herrn Ernst Eckstein auf diesem Wege die bezeichnende Thatsache zur gefälligen Kenntnißnahme mitzutheilen, daß auf dem hiesigen Museum eine unbekannte Hand beim Lesen seines Gedichtes sich bewogen fand, an demselben in der Weise Lynchjustiz zu üben, daß sie die gedruckte Ueberschrift „A dream" strich und an ihre Stelle die Ueberschrift: „Eine Schw ...." einsetzte. Referent konnte dem unbekannten Glossator seinen Beifall nicht versagen. Oder glaubt Herr Eckstein, seinem Schamgefühl damit schon Genüge geleistet zu haben, daß er seinen famosen „Traum", den er doch wohl nicht englisch geträumt hat, in englischer Sprache veröffentlichte? Hierüber mag sich England selbst bei Herrn Ernst Eckstein bedanken! Wir aber können nur aufs Tiefste bedauern, daß eine Zeitschrift, die den Namen der deutschen Dichtkunst vertreten will, sich zu solch widrigen Ausgeburten einer niedrigen Phantasie verirren kann, und sind überzeugt, daß Herrn Ecksteins Mitarbeiter an der „Dichterhalle", unter denen sich, wie schon die fragliche Nummer beweist, höchst ehrenwerthe Namen befinden, höchlich und unangenehm überrascht sein werden, ihren Arbeiten für die „Dichterhalle" in solcher Gesellschaft begegnen zu müssen."

Daß lediglich unsere Abhandlung im Feuilleton des „Vorwärts" die Schuld trägt an der geharnischten Kriegserklärung der „Deutschen Reichspost" gegen E. Eckstein, kann Jeder merken. Dennoch werden die Böhmerts, Unruhs, Ecksteins und Consorten fortfahren zu behaupten, daß wir die Unmoralität förderten. Der Arzt also, der das Uebel entdeckt und heilen will, hat das Uebel verschuldet!

Noch wollen wir nicht verfehlen, mitzutheilen, daß die Verlagshandlung A. H. Payne in Leipzig demnächst ein Werk herausgiebt: „Italiens Kunstschätze." Nachbildungen der Statuen in den Galerien von Rom, Florenz, Venedig ꝛc. ꝛc. Herr Ernst Eckstein wird dazu den erläuternden Text schreiben, „gewissenhaft und unterhaltend". Wir sind auf das Gesudel nicht neugierig, da wir glauben, daß die Erläuterungen unter den Marmorstatuen der Venus zum Beispiel derart sein werden, daß wenn der Marmor lebendig würde, er erröthen müßte.

An E. Eckstein.

cfr. Nr. 135 des „Vorwärts".

Was der Dichter auch erschafft,
Diesen Zweck muß stets es haben:
Den Verstand und das Gemüth
Zu erhöhen, zu erlaben.
Wer nur schreibt für Ruhm und Geld,
Nicht, was nöthig ist der Welt,
Was sie bessert und veredelt;
Wer nur schreibt für die „gemeine"
Menge, die belacht das Reine;
Wer um Beifall sich gefällt,
Den sie jauchzend um ihn wedelt,
Müßt ersticken, müßt ertrinken
In Kloaken, weil sie stinken.

Frankfurt a. M., den 22. November 1877.

Ludwig Rosenberg.

— Ein Beitrag zur Charakterisirung der „gebildeten" Kreise. In den liberalen Blättern wird ganz offen die Frage besprochen, in welchem Bett prinzliche Hochzeitspaare ihre Brautnacht feiern werden. Da lesen wir: „Aus Berlin wird geschrieben: Die Hochzeitsfeierlichkeiten unserer beiden Prinzessinnen bringen das Haus Hohenzollern einigermaßen in Verlegenheit. Selbstverständlich kann den beiden Brautpaaren, wenn die Vermählungsfeierlichkeiten und der Hochzeitsschmaus vorüber sind, nicht gestattet werden, nach gewöhnlicher Sterblichen Weise den Ehestand zu beginnen und sich in ihr gemeinschaftliches Heim zu begeben. Es muß eben das alte Ceremoniell aufrecht erhalten werden, und dieses schreibt vor, daß die jungen Eheleute die Brautnacht in der alten hohenzollern'schen Brautkammer, in den alten kurfürstlichen Gemächern auf dem Schlosse zubringen. Wie nun aber? Zwei Brautpaare und nur eine Brautkammer. Es hat sich der Fall bisher noch nicht ereignet, daß im Hause der Hohenzollern zwei Brautpaare an einem Tage Hochzeit machten. Man hat daher dazu schreiten müssen, eine zweite Brautkammer herzurichten, und hat hierzu die alte hohenzollern'sche Privatkapelle neben dem „Grünen Hut" gewählt, welche, ganz eingebaut zwischen diesem und dem „Hause der Herzogin", neuerdings vollständig restaurirt ist, aber außer einigen Heiligenbildern sonst keinen Kapellenschmuck besitzt. An diese Kapelle stoßen im zweiten Stockwerke, an der Wasserseite des Schlosses, die sogenannten braunschweigschen Kammern, die zu den Hochzeitsfeierlichkeiten ebenfalls ganz neu restaurirt werden." — Was in den gewöhnlichsten Bürger- und Arbeiterkreisen im Stillen abgemacht wird, das bringt man in der Presse der „gebildeten" Gesellschaft an die Oeffentlichkeit.

— Das Auge des Gesetzes wacht zwar, aber doch nicht immer. Die „Hanauer Zeitung" schreibt nämlich unterm 24. Novbr.:

„Nachfolgenden Brief, den wir der Kuriosität halber mittheilen, erhielt ein hiesiger, früher in Frankfurt beschäftigter junger Kaufmann:

Frankfurt a. M., 21. Novbr. 1877.

Im Juli d. J. wurde von Euer Wohlgeboren ein Portemonnaie mit Inhalt von 13 M. 53 Pf. gefunden und abgeliefert. Da der Verlierer trotz erfolgter Bekanntmachung dasselbe nicht reklamirt hat so würde nach hiesiger Uebung Ihnen das Eigenthumsrecht zustehen. Das Fundstück ist jedoch von einem untreuen Beamten, welcher deshalb bereits gerichtlich bestraft worden ist, unterschlagen worden. Zum Ersatz sind, außer einer Summe von drei Mark, weitere Mittel nicht vorhanden, und würde dieser aus einem zu mildthätigen Zwecken bestimmten Fonds erfolgen müssen, falls Euer Wohlgeboren nicht etwa zu Gunsten dieses Armenfonds auf die Rückzahlung verzichten, wie dies in ähnlichen Fällen geschehen ist.

Euer Wohlgeboren ersuche ich ergebenst, mir hierüber Ihre gefällige Entschließung mitzutheilen. Sollte binnen acht Tagen solche nicht eingehen, so würde ich annehmen, daß Euer Wohlgeboren hierdurch indirekt Ihre Verzichtleistung ausdrücken.

Der Polizei-Präsident.
Hergenhahn."

Wir hoffen, daß sich selbst Herr Tessendorf darüber freut, daß auch in dieser ernsten Zeit mitunter noch was Heiteres passirt. Gefundenes und auf der Polizei abgeliefertes Geld auf dieser selben Polizei von einem Beamten unterschlagen — das streift denn doch so an's Unglaubliche, daß Ben Akibas Weisheit kaum dagegen Stand halten dürfte. Doch Spaß bei Seite, ist so was wirklich schon dagewesen? —o—

Exemplar der „Rundschau“ mit dem Bemerken, daß dies die Legitimationskarte sei. Da ein solcher „Lappen“ 20 Pfg. koste, so liege es auf der Hand, daß ein anderer Zweck (als der des Lesens) damit verbunden sein müsse. Wer eine solche „Karte“ nicht aufzuweisen vermöge, sei vor einer tüchtigen Tracht Prügel nicht sicher. Zu der Reichstagswahl seien 31,000 Mk. Arbeitergelder verausgabt und in der betreffenden Versammlung, wo die Abrechnung vorgelegt worden, sei er behufs nochmaliger Revidirung mit zum General-Revisor ernannt. Es seien nicht nur kleine Ausstellungen, sondern sehr große gewesen, die er an der Abrechnung zu machen gehabt; u. A. sei ein städtischer Beamter dadurch zum Mißbrauch seiner Amtspflicht verleitet worden, daß er die Wählerliste ausgeliefert, wofür ihm 210 Mark ausgezahlt worden. Dieser Posten sei in der Abrechnung aufgeführt, ein Beleg aber, nicht von dem Betreffenden, sondern von einer anderen Person dafür vorhanden (die Abschrift derselben wurde den Richtern überreicht). Ein Mitglied des Wahlcomités sei beauftragt worden, sich nach Wandsbeck zu begeben, um Stimmzettel an sich zu bringen, dieses Mitglied habe sich dabei für einen Polizisten ausgegeben und die Regierung betrogen (!!!), die daraus entstandenen Kosten habe der verbotene Verein getragen (!!!). Eine Rechnung, auf der verzeichnet gestanden: „60 Pf. für 3 Seidel Bier verausgabt, wofür drei Stimmen gekauft“, sei unbeanstandet in der Rechnung aufgeführt. Redner übergiebt hierbei den betreffenden Beleg dem Gerichtshof — was es mit diesem angeblichen Beleg, auf dessen Vorhandensein sich Niemand besinnen kann, auf sich hat, wird eine spätere Untersuchung ergeben. Radenhausen fügt hinzu: „Hiernach können Sie beurtheilen, mit was für Mitteln diese Leute vorgegangen sind“. Solches sagte Ehren-Radenhausen vor Gericht. In der „Reform“, einem hier erscheinenden gegnerischen Blatte, machte er noch andere „Enthüllungen“, die er mit folgenden, für seine Charakterlosigkeit charakteristischem Satze schloß: „Wer jedoch, wie ich, die Spitzen der Sozialdemokraten und deren Moral kennen gelernt, der wundert sich nicht darüber, sondern bedauert nur den armen Arbeiter, der sein wenig Ersparter, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in diesen Abgrund hineinwirft“. — Das also ist der Mann, auf den sich unsere Gegner demnächst berufen werden, wenn es sich darum handelt, die sozialdemokratische Partei zu verdächtigen, zu verunglimpfen und zu denunciren. Daß derselbe nichts weiter ist, als ein Krakehler von Geburt, dürfte Jedem aus Vorhergehendem einleuchten. Ohne die geringsten Beweise für seine Verdächtigungen und denunciatorischen Behauptungen beizubringen, verdächtigt und denuncirt er einfach. Daß unsere ehrenwerthen Herren Gegner von der Presse solchen Verdächtigungen ihre Spalten öffnen, das ist so recht bezeichnend für sie. Wir unsererseits glauben durch Klarlegung der Angelegenheit Herrn Radenhausen so hingestellt zu haben, wie er wirklich ist; seine Verdächtigungen erweisen sich als Ausflüsse seiner Bosheit und wenn es den Herren Preßturkos Spaß macht, mögen sie sich immerhin damit belustigen, solche unver—gleichlichen Behauptungen eines Renegaten wiederzukauen. Die Parteiblätter werden gebeten, von Vorstehendem Notiz zu nehmen. Seb.

Coswig bei Dessau, 26. November. (Wahlsieg.) Bei der in voriger Woche hier stattgehabten Stadtverordnetenwahl sind unsere sämmtlichen Kandidaten — 6 an der Zahl — mit beträchtlicher Majorität gewählt worden. Darob großes Entsetzen und Wehklagen bei den „Liberalen“. Das allgemeine und direkte Wahlrecht, welches hier bei Gemeindewahlen herrscht, tauge ganz und gar nichts und es sei geradezu unerhört, daß die Stimme eines Fabrikbesitzers in den kleinen Städten nicht mehr als die seines Arbeiters gelte. In dieser Tonart heulmeiert die hiesige „liberale“ Presse. Man fragt sich unwillkürlich, ob man es mit „Liberalen“ oder mit Erzreaktionären zu thun hat. Das Letztere wird wohl das richtige sein, denn ein Liberalismus, der für das arbeitende Volk nur unter Umständen und dann auch nur ganz problematische politische Rechte zugestehen will, für die besitzenden und herrschenden Klassen aber den Löwenantheil an Rechten beansprucht — ein solcher Liberalismus ist reaktionär. Um so freudiger begrüßen wir unsern Sieg, denn es ist ein Sieg des wahren Liberalismus, welcher nur allein im Sozialismus, der für Alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten verlangt, zum Ausdruck gelangt.

Buckau, 28. November. Am 22. November c. fand hier die Stadtverordnetenwahl statt. Von Seiten der hiesigen Parteigenossen wurde zum erstenmal beschlossen, sich an der Stadtverordnetenwahl zu betheiligen, und wurden am 10. November in öffentlicher Versammlung die Genossen Clees und Gütge aufgestellt. Bei der Wahl erhielten die Candidaten der Gegner 194 resp. 153 Stimmen. Clees erhielt 166, Gütge 129 Stimmen. Da die absolute Majorität 183 beträgt, so ist eine Stichwahl nothwendig geworden. Diese ist auf den 13. Dezember angesetzt. Bis dahin werden wir uns also noch tüchtig zu rühren haben, um den Sieg an unsere Fahnen zu heften. G. Z.

Ehlingen, 30. November. (Telegramm.) Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl erhielt Parteigenosse Morlock 1019, Stadtpfleger Rick 939, Volksparteiler Weith 377, Volksparteiler Cammerer 294, Justizassessor Schöpufer 6 Stimmen. Hoch die Sozialdemokratie! Sieder.

Gießen. Gemäß Beschluß einer allgemeinen Gewerkschaftsversammlung ist hierselbst ein Central-Arbeitsnachweisebureau errichtet; dasselbe befindet sich unter Leitung und in der Wohnung des Unterzeichneten. Alle Zureisenden wollen dasselbe benutzen.

Das Comité:
J. A.: B. Klerx, Neustadt D. 201.

Nachstehende Schriften sind durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig, sowie durch die Expedition der „Freien Presse“ in Berlin, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, zu beziehen:

Armen- und Heimathsgesetzgebung . . . . . Mark	1. 50.
Auerbach, Tagebuch aus Wien	—. 70.
Aufschlüsse über die badische Revolution von 1849	1. 50.
Aus den Ruinen von Nimrud und Olympia	—. 10.
Baumann, Berechnung über das Gewindeschneiden	1. 60.
Bebel, A., Unsere Ziele. 6. Auflage	—. 25.
— — Bauernkrieg	2. —.
Becker, B., Der alte und der neue Jesuitismus	—. 60.
— — Briefe deutscher Bettelpatrioten. 5 Lief.	3. 75.
— — Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution v. 1848	2. 25
— — Mißbrauch der Nationalitätslehre	1. —.
— — K. Fourier	—. 30.
— — Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles. 5 Lief.	3. —.
— — Geschichte der revolutionären Pariser Commune 1789—94	2. —.
Becker, J. Ph., Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge 1866—71)	5. —.
— — Wie und Wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit	2. —.
— — Le Précurseur. Organe démocratique social des associations des travailleurs (Janvier—Mars 1877) .	—. 80.
Bergmanns Lied. Bericht über den Delegirtentag sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter zu Zwickau 1874	—. 10.
Blos, W., Unsere Preßzustände	—. 10.
— — Blut und Eisen od. die Entstehung d. Krieges von 1866	—. 50.
— — Zur Geschichte der Commune von Paris	—. 40.
— — Die Revolution zu Mainz 1792—1793	—. 60.
Boreilleau, Religion und Sozialismus	—. 40.
Bracke, W., Der Lassalle'sche Vorschlag	—. 50.
— — Nieder mit den Sozialdemokraten	—. 15.
— — Verzweiflung im liberalen Lager	—. 15.
Brunnemann, Skizzen u. Studien zur französischen Revolutions-Geschichte	1. —.
Bürgerkrieg in Frankreich	—. 15.
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik . .	—. 15.
Civilehegesetz	1. —.
Culturkampf und Volksschule in Preußen	—. 10.
Daniel in der Löwengrube. Gedicht	—. 50.
Dedekind, Dr. Fr., Prozeß Stevers gegen Vogel v. Falkenstein	1. —.
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk. 1877. broch. 40 Pf. gebd.	—. 60.
— — für 1878. broch. 40 Pf. geb.	—. 60.
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Lötzen und vor Gericht 1871	1. 25.
Der Republikaner, Schweizer Volkskalender für 1878 . . .	—. 40.
Die Märtyrer der Commune	—. 30.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstages von von 1871—74	—. 10.
Die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen	—. 10.
Dietzgen, National-Oekonomisches. 2. Auflage	—. 15.
— — Die bürgerliche Gesellschaft	—. 10.
— — Die Religion der Sozialdemokratie. 4. Auflage . .	—. 15.
— — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	1. 50.
Dissidentengesetz	—. 20.
Dunai, Dr. A., ABC des Wissens für die Denkenden. 2. Aufl.	—. 15.
— — Antwort an den Bekenner des Theismus	—. 10.
— — Kindergarten u. Volksschule als sozialdemokr. Anstalten	—. 25.
Dulk, A., Nieder mit den Atheisten	—. 25.
Eccarius, J. G., Kampf des großen und kleinen Kapitals . .	—. 15
Einkommensteuergesetz	1. —.
Engels, F., Zur Wohnungsfrage. 3 Hefte	—. 30.
— — Der deutsche Bauernkrieg	—. 50.
— — Sociales aus Rußland	—. 15.
— — Bakunisten an der Arbeit	—. 10.
— — Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. 1. Theil. Philosophie	—. 50.
Engländer, Sigm., Geschichte der französischen Arbeiter-Assoziationen. 4 Bände, compl.	3. —.
Erinnerung an Herwegh	—. 10.
Erinnerung an Börne	—. 20.
Franz, J., Herr Böhmert, Professor der Nationalökonomie und seine Fälschungen der Wissenschaft	—. 80.
Für die französischen Brüder	—. 15.
Geib, A., Der Normalarbeitstag	—. 15.
— — Gedichte	—. 50.
Geiser, Forderungen des Sozialismus an Gegenwart u. Zukunft	—. 50.
Generalabstimmungsliste des deutsch. Reichstags v. 1867—73 .	2. —.
— — Nachtrag von 1873—76	1. 20.
Genossenschaftsgesetz (Bundesgesetz)	1. 40
Gewerbeordnung für das deutsche Reich	1. 50.
Gesindeordnung	1. 50.
Gespräch am Kachelofen	—. 50.
Grenlich, H., Der Staat vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten .	—. 25.
Hasenclever, Wilh., Liebe, Leben, Kampf (Gedichte)	—. 40.
Hepner, Ad., Meine 3½jährige Leipziger Polizeicampagne . .	—. 60.
Herr v. Treitschke der Sozialistentödter und die Endziele des Liberalismus	—. 20
Hillmann, Die internat. Arbeiter-Assoziation 1864—71, ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit	—. 15.
— — Praktische Emanzipationswinke	—. 10.
— — Die Organisation der Massen	—. 20.
Hilfskassengesetz. 3 Hefte, à 0,15 M.	—. 45.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin	—. 15.
— — die Parteikasse, ihre Bedeutung und Organisation .	—. 10
Jacobi, L., Es werde Licht (Poesien)	—. 50
— — Die Idee der Entwickelung. 2 Bde. à	1. —.
Jacoby, Joh., Das Ziel der Arbeiterbewegung	—. 20.
Knappschaftskassenwesen vor dem deutschen Reichstag . . .	—. 12.
Komplot gegen die Intern. Arb.-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1. —.
König, Schwarze Kabinette	—. 75.
Krafft, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht)	—. 05
— — Ceterum censeo (Gedicht)	—. 05.
Kunst und Sozialismus	—. 15.
Lange, Arbeiterfrage	4. —.
Lassalle, F., Arbeiterfrage	—. 15.
— — Ueber Verfassungswesen, Macht u. Recht, Was nun? .	—. 35
— — An die Arbeiter Berlins	—. 10
— — Offenes Antwortschreiben	—. 08.
— — Arbeiterlesebuch	—. 30
— — Arbeiterprogramm	—. 10.
— — Die Wissenschaft und die Arbeiter	—. 15.
— — Criminalprozeß, III. Instanz	—. 30.
— — Die Feste, die Presse ꝛc.	—. 15.
— — Bastiat Schulze	—. 50.
— — Indirekte Steuern	—. 40.
— — Düsseldorfer Assisenrede	—. 30.
— — Fichte's Philosophie	—. 25.
— — Julian Schmidt	1. —.
Leben und Thaten des Generals Jaroslas Dombrowski . .	—. 75.
Lehn, Juristisches Taschenlexikon	1. —.
Leipziger Hochverrathsprozeß.	3. —.
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	—. 20.
— — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie . .	—. 10.
— — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen. 2. Aufl. . .	—. 20.
— — Reichstagsrede 1874	—. 10.
— — Zur Grund- und Bodenfrage 2. Aufl.	—. 75.
Lübeck, C., die Vaterlandslosen (Novelle)	—. 75
Lommel, Jesus von Nazareth	—. 30.
— Johannes Huß	—. 30
Marx, Der Cölner Communisten-Prozeß. 2. Aufl.	—. 25.
— — Das Kapital. 2. Aufl.	9. —.
— — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte	1. 50.
— — und Engels, Kommunistisches Manifest	—. 20.
Mignet, Geschichte der franz. Revolution von 1789 bis 1814, deutsche Uebersetzung gebd.	1. 80.
Minister Eulenburg und die deutsche Sozialdemokratie . . .	—. 30.
Most, Liederbuch, gbd. 40 Pf., broch.	—. 30.
— — Die Pariser Commune vor den Berliner Gerichten . .	—. 60.
— — Sammlung von Reichs-Gesetzen:	
1. Heft: Gewerbeordnung	—. 25.
2. Heft: Freizügigkeits-, Impf-, Lohnbeschlagnahme- und Haftpflicht-Gesetz	—. 15.
— — Kapital und Arbeit	—. 50.
— — Bastille am Plötzensee	—. 60.
— — Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.	—. 50.
— — Die Lösung der sozialen Frage	—. 40.
Morelli, F. A., Arbeiterkrankheiten. 1. Schädliche Gase. 2. Schädliche Dämpfe, als Krankheitsquellen	—. 10.
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	—. 30.
Otto-Walster, A., Allerhand Proletarier. Eine Hausgeschichte .	—. 40.
— — Rienzi. Drama in 5 Aufzügen	—. 30.
— — Am Webstuhl der Zeit. Soz. Roman	3. —.
— — Eine mittelalterliche Internationale. Histor. Novelle .	—. 75.
— — Kranke Herzen	1. —.
— — Braunschweiger Tage	2. 50.
— — Schutz in den Gewerkschaften	—. 10.
Photographien: Feuerbach, Heß, Herwegh, Johann Jacoby, Lassalle, Lange, Yorck, Blanqui, Crémieux, Delescluze, Dombrowski, Ferré, Flourens, Marat, Millière, Owen Raoul-Rigault, Rossel ꝛc.; im Visitenkartenformat à .	—. 25.
Photographien: Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräther, von der Courbet'schen Büste der „Liberté“ (Freiheit) à .	—. 25.
— — im Kabinetformat à	—. 60.
— — in Groß-Folio	3. —.
Pfau, L., Das Preußische Regiment vor Gericht	—. 30.
Preußischer Schnaps im deutschen Reichstage	—. 5.
Preßgesetz vom 7. Mai 1874	—. 25.
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870	—. 15.
— — des Dresdener Congresses 1871	—. 20.
— — des Coburger Congresses 1874	—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1876.	—. 30.
— — des Gothaer Congresses 1877	—. 25.
— — Holzarbeitercongreß zu Nürnberg 1873	—. 20.
Protokoll, des Schweizer Arbeiter-Congresses zu Olten . .	—. 25.
— — des Schweizer Arbeiterbundes zu Winterthur	—. 50.
— — des 3. Congresses des Schweizer'schen Arbeiter-Bundes .	—. 30.
Prozeß gegen Dr. H. Tauschinski und 31 Genossen in Graz wegen Religionsstörung und geh. soz.-dem. Verbindungen	—. 75.
Prowe, John Osawatomie Brown, der Negerheiland . . .	1. —.
Rathgeber für Gewerbetreibende.	8. 50.
Revidirte Landgemeindeordnung für Sachsen	—. 90.
— Städteordnung	1. 40.
Rittinghausen, Sozial-demokratische Abhandlungen. 5 Hefte .	1. 90.
Roßleder, die Pariser Commune vor der Deputirtenkammer in Versailles	—. 30.
Röckel, Sachsens Erhebung und das Zuchthaus zu Waldheim .	1. —.
Rack, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	—. 60.
Sauerteig, für Männerchöre	
I. Bundeslied, 4 stimmig m. Partitur 0,65, ohne Partitur	—. 45.
II. Der wahre Mensch „ „ 0,55, „	—. 40.
III. u. IV. Republik u. d. Arbeitsmann 1,50, „	1. 10.
V. An Michel, 4stimmig m. Partitur 0,75, „	—. 60.
VI Frühlingsgedanken „ „ 0,80, „	—. 60.
VII. Sängermarsch „ „ 1,50, „	1. —.
Schäffle, Dr. A., Quintessenz des Sozialismus	1. 20.
Schlesinger, M., Eine Reise nach Utopien	—. 10.
Scholl, Carl, die freien religiösen Gemeinden und die Sozialdemokratie	—. 25.
Schramm, Grundzüge der Nationalökonomie, 1. Abth. . .	—. 25.
— — Ein Wort zur Verständigung der sozialen Frage . .	—. 20.
Schulze, E., Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder . . . . . geb. / broch.	—. 50. / —. 40.
Serno-Solowiewitsch, Unsere russischen Angelegenheiten . . .	—. 20.
Sozialistische Theaterstücke.	
Nr. 1: Ein Schlingel	—. 35.
(Zur Aufführung gehören 4 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.50)	
Nr. 2: Preßprozesse	—. 25.
(Zur Aufführung gehören 5 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 1.40.)	
Nr. 3: Ein Opfer	—. 40.
(Zur Aufführung gehören 19 Expl. für die Rollen und 1 Expl. für den Souffleur. Preis complet M. 6.)	
Specht, Populäre Entwicklungsgeschichte des Weltalls . . .	2. 50.
Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation	—. 10.
Statistische Tafel der sozialistischen Wahlen z. deutschen Reichstage	—. 20.
Strafgesetzbuch für das deutsche Reich	1. —.
Strodtmann, Die Arbeiterdictatur in Frankreich . broch. / eleg. gbd.	—. 60. / 1. 50.
— — Brutus! schläfst Du? . broch. / eleg. gbd.	—. 60. / 1. 50.
Tessendorf und die deutsche Sozialdemokratie	—. 40.
Theokratisches Kirchenthum und autokratische Justiz. Ein Gotteslästerungsprozeß vor dem Schwurgericht zu Ehlingen	—. 75.
Vahlteich, Der Deklamator. Heft 1, 2, 3, 4 à	—. 15.
Vereins- und Versammlungsgesetz für Sachsen	—. 10.
Verfassung des deutschen Reiches	—. 75.
Vogel, Apotheken-Monopol	—. 60.
— — Verfälschung der Lebensmittel	—. 60.
Volksstaat-Kalender für 1874	—. 20.
— — für 1875	—. 20.
Volksstaat-Fremdwörterbuch . . . . . broch. / gebd.	—. 50. / —. 65.
Volksschulgesetz für Sachsen	1. —.
Vollmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung . . .	—. 15.
Wahre Gestalt des Christenthums	—. 50.
Wohnungsfrage. Ein soziale Skizze	—. 10.
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften	2. —.
Yorck, Die industrielle Arbeiterfrage	—. 10.
Zimmermann, Pfaffenpeitsche. 1. Bd.	1. 60.
Zeitgeist, Eine Studie	—. 25.

Briefkasten

Herrn Ph. Böhler in Kaiserslautern. Die gewünschte Adresse lautet: B. Klerx in Gießen, Neustadt D. 201.

C. L. Mainz: Wenn möglich soll die Uebertragung bald geschehen.

Quittung. Anhalter Assoziationsbuchdruckerei Bernburg An. 150. Sämmtl. Gewerksch. hier An. 0,70. F. W. Christophsgrund Ab. 20,00. Sänger des Wahlvereins Linden Ab. 1,50. Zhtnr Darmstadt Ab. 20,05. Hnng Würzburg Ann. 2,00. Lgs Hannover Ann. 3,00, Schr. 1,40. Mj Bremen Ann. 0,60. Rchtr Ziegenrück Ab. 0,60. Englmnn Achim Ab. 5,70. Oehm hier Ann. 0,40. Wlthr Kiel Ab. 0,55. Rdgr Halle Ab. 15,00, Schr. 5,00. Rhn Oldendrf Schr. 0,60. Fr. Engl Reudnitz Ab. 26,30, Schr. 2,60. Frtz Offenbach Ab. 30,09. Mrtn Schmölln Ab. 7,85. Kn Schußenried Schr. 5,00. Sbrt Cassel Ab. 15,15. Jck Delitzsch Schr. 1,60. Rhr Markirch Schr. 3,20.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterverein Plagwitz 1,00. C. W. Zürich 32,25. Volksversammlung Zwenkau d. R. 4,30. Arbeiterverein Plagwitz 1,17. Dittrs Pforzheim 0,30. A. D. i. M. 30,00.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- u. Handarbeiter Deutschlands (Sitz Crimmitschau).

Den 25., 26. und 27. Dezember a. c. wird obengenannte Gewerkschaft in **Gera** ihre **ordentliche Generalversammlung** abhalten.

60] (F. 65) Für die Verwaltung:
(3a) **C. Uhlmann.**

Die Geburt eines gesunden Knaben zeigen an]90
Leipzig, 29. November 1877.
W. Liebknecht. Natalie Liebknecht geb. **Reh.**

Prachtvoll und solid gearbeitete

Einbanddecken

(Goldpressung) für die

„Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77

sind in Schwarz à Stück **M. 1,20**, in Roth **M. 1,50 gegen baar** oder **Nachnahme** durch die Buchbinderei von **H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16** zu beziehen. Colporteure und Filialexpeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger.

NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effektuirt von der **Expedition der „Neuen Welt“**, Leipzig, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heißig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.